

Gächfischer Gemeindevetag

Stürmische Auftritte am 1. Verhandlungstage / Erfolgreicher kommunistischer Vorstoß gegen den Mandatsraub durch reaktionäre Bürgermeister / Oberbürgermeister Blüher hebt die Sitzung auf

Nach Eintritt in die Tagesordnung und Erledigung geschäftsordnungsmäßiger Angelegenheiten erhielt als erster das Wort der Geschäftsführer des Gächfischen Gemeindevetages, Dr. Kaumann, zu seinem Vortrag über

Die Gächfische Verwaltungsreform.

Der Redner fuhr einleitend auf der Denkschrift des Präsidenten Schiel und erklärte, daß der Einheitsstaat wahrscheinlich noch lange auf sich warten lasse. Die Gächfische Verwaltungsreform könne deshalb nur eine Teilerreform sein. Der Tenor seiner Ausführungen war: Zurück zu Stein, Mitbestimmung der Bürger an der öffentlichen Verwaltung. Im Interesse der den Staatsapparat beherrschenden Trübsourgeois forderte er einen stärkeren Verwaltungsapparat, um so besser die Interessen der Bourgeoisie gegen die Arbeiter durchzusetzen. Bei der Durchführung dieser Verwaltungsreform müsse man sich auf eine reformfreundliche Beamtenschaft stützen können. Dabei dürfe man sich nicht aus Sparmaßstabsrückblicken nur auf den Standpunkt stellen, nur billige Beamte zu haben, denn

der billige Beamte sei der unschlagbare.

Damit brachte dieser typische Vertreter der Verwaltungsbureaucratie zum Ausdruck, was eines der wichtigsten Kernstücke der Verwaltungsreform sein müsse: Die Sicherung der beherrschenden Verwaltungselite auf Kosten der unteren Beamten. Selbstverständlich vertrat er auch mit aller Entschiedenheit die Einschränkung aller gemeindlichen Ausgaben und verlangte, daß keinerlei Erweiterung der Gemeindeaufgaben über die Verwaltungsarbeit hinaus gegeben werden dürfe. Eine endgültige Verwaltungsreform sei allerdings erst möglich in einem großen deutschen Einheitsstaat. Der Mitreferent, der sozialdemokratische

Bürgermeister Uhlig (Nabeberg)

stimmt in allen wesentlichen Teilen den Ausführungen Kaumanns zu. Er lang ein Lobeswort auf die demokratischen Arbeiten, unter denen man heute erst von „wirklicher Selbstverwaltung“ unserer Gemeinden sprechen könne. Deutschland sei

erwacht. Die Verwaltungsreform müsse selbstverständlich unter dem Gesichtspunkt der Reichseinheit gesordert werden. Dann erklärte Uhlig, daß man vom Verwaltungsstaat zum Wohlfahrtsstaat kommen müsse. Die Polizei müsse ein Mittel zur positiven Wohlfahrtspflege werden. Dann machte er der Industrie den Vorwurf mangelnden Verständnisses für die Aufgaben der Gemeinden. Der höhere Sinn der Selbstverwaltung sei die Pflege der Volkswohlfahrt. Uhlig unterstrich den zukünftigen Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei zur Verwaltungsreform. Nachdem die Wirtschaft die Nationalisierung ihrer Betriebe durchgeführt habe, könne der Verwaltungsapparat nicht daran vorbeigehen. Uhlig schloß mit den üblichen Phrasen von der notwendigen Volksgemeinschaft im Einheitsstaat.

In der Diskussion sprach zunächst der Bürgermeister Krug (Annaberg). Ihm folgte der Stadtrordnerte

Genosse Schneller (Veipzig).

Er wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß der Gemeindevetag jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehe. Die Referate zeigten nichts anderes als allgemeine Redensarten. Eine eigene Entschlieung zur Verwaltungsreform werde nicht vorgelegt. Die Gesamttenenz der Verwaltungsreform sei die verschärfte Einengung der Gemeinden in ihrer Selbstverwaltung. Nachdem das Trübskapital durch die Nationalisierung der Wirtschaft die Ausbeutung des Proletariats ins Unerhörte verschärft habe, fordere man jetzt die Angleichung des Staatsapparates an ihre Interessen durch die Nationalisierung des Staatsapparates. Das soll durch die Verfassungs- und Verwaltungsreform erzielt werden. Der zentralistisch aufgebaute Einheitsstaat hat keine andere Aufgabe als die Mittel für soziale und kulturelle Zwecke herabzubrüden. Das hat eine weitere Steigerung der Rot und verschärfte Ausbeutung der wertvollen Massen zur Folge und soll geschehen unter dem Vorwand der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung. In der Tat handelt es sich bei dieser Verwaltungsreform um nichts anderes als um den

Abbau der letzten Reste der sogenannten Erzeugnisse der Revolution.

Bezeichnend sei, daß die Forderung auf Verwaltungsreform zuerst von den Industriellenverbänden erhoben worden sei. Die parlamentarischen Vertretungen der bürgerlichen Interessengruppen folgen nur den Befehlen ihrer schwerindustriellen Auftraggeber, die eine Verstärkung der Macht der Bureaucratie zur Befestigung der noch vorhandenen kümmerlichen Reste der Selbstverwaltung fordern. Unter beständiger Zwischenruf der sozialdemokratischen und bürgerlichen Rechte geht Gen. Schneller auf die besonderen Verhältnisse in Sachsen ein und verlangt entgegen der geplanten arbeitgeberfeindlichen Nationalisierung des Staatsapparates die sofortige

Wendung der Gächfischen Gemeindeordnung mit dem Ziel der wirklichen Selbstverwaltung der Gemeinden. Dann erhebt er die Forderung nach Beseitigung der Staatsaufsicht und des Befähigungsrechtes, Beseitigung der Kreis- und Amtshauptmannschaften, Uebertragung sämtlicher Verwaltungsaufgaben auf die kommunalen Selbstverwaltungsorgane, Beseitigung des Zweikammer-systems in den Gemeinden und Aufhebung der Vorrechte der Bürgermeister, der Stadt- und Gemeinderäte und deren Umwandlung in ausführende Organe.

Zum Schluß erklärte er, daß es notwendig sei, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu verwirklichen durch Uebertragung aller leitenden Funktionen an die Gemeindevertreter unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterorganisationen. Bei dieser Gelegenheit brachte Gen. Schneller zum Ausdruck, daß die jetzige Regierung und der Landtag nicht die Gewähr bieten, daß diese Forderungen durchgeführt werden und verlangte deshalb, daß der Gächfische Gemeindevetag die Auflösung des Landtags und die Beseitigung der Selbstregierung fordere. Am Schluß seiner Ausführungen wies Gen. Schneller darauf hin, daß selbstverständlich all diese Maßnahmen nur im außerparlamentarischen Kampfe gegen das Bürgertum durchgeführt werden könnten.

Der demokratische Professor Herz brachte die reaktionärste Note in die Diskussion. Er forderte bestimmte Zwangsmassnahmen seitens der Regierung zur Verwirklichung der Verwaltungsreform.

Züher, Verdau (SPD), unterstrich unter dem Beifall der bürgerlichen Stadträte und Bürgermeister die Ausführungen seines Fraktionskollegen Uhlig und reichte eine Entschlieung ein, die sich in ihren Grundzügen mit den Ausführungen der beiden Referenten deckte. Hächfisch (SPD) erklärte sich im wesentlichen mit der von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Entschlieung zur Verwaltungsreform einverstanden. Er wandte sich nur gegen den letzten Punkt, der die Liquidation des Proletariats fordere. Er sei Anhänger der Demokratie und müsse eine solche Forderung ablehnen.

Genosse Milbenkron (Plauen)

Charakterisiert die Tagung, deren Inhalt ebenjot bei dem mit feststellen verbundenen Begrüßungsabend hätte erledigt werden können. Die einzige Gruppe, die auf dieser Tagung ein revolutionäres politisches Programm verteidigt, sind die Kommunisten. Die Arbeiter werden aus dieser Tagung die Lehre ziehen, daß es notwendig ist, auf dem Wege des außerparlamentarischen Kampfes um die politische und ökonomische Macht die Herrschaft des Proletariats sicherzustellen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion erhob der bekannte Stadtrordnermeister Kunisch, Dresden (bürgerlich), die Forderung nach Erhaltung einer sachmännlich gebildeten Beamtenschaft.

Partei ergreifen

Nicht Partei ergreifen, das heißt: keine Ueberzeugung haben, oder sie verleugnen. Nicht Partei ergreifen, das heißt: in einer schmachvollen Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen, welche das Herz der Menschheit durchzuden, die eigene Ruhe und Behaglichkeit vorziehen. Die Geschichte hat Verzeihung für alle Feiglinge, für alle Ueberzeugungslosen, sie hat keine für Ueberzeugungslosigkeit.

Aus: Raffalle, Affenrede.

10 Jahre kommunistische Partei mahnen den Arbeiter an seine Pflicht:

Sinein in die SPD!

schaft und verlangte, daß die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge an die Privatunternehmer vergeben werden sollen.

Stadtrordnerte Genosse Hofmann (Chemnitz) nahm noch einmal unter händigen, lärmenden Zwischenrufen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Delegierten zu den Referaten Stellung und wies darauf hin, daß eine wirkliche Verwaltungsreform in der Durchführung an dem reaktionären Verwaltungskörper scheitern müsse. Eine der wichtigsten Hindernisse in der Schaffung größerer Selbstverwaltungskörper sei die noch bestehende Monarchie der Bürgermeister, die sich noch immer als Könige in ihrem Reiche fühlen und ängstlich darum besorgt

Das abgetariete Spiel aufgedeckt

Die Unternehmer verlangten Severing — Severing vereinbarte mit ihnen seine Entschlieung

Der unerhörte Vorschlag, dem alten Streikabwölger Severing diktatorische Vollmacht zur Festlegung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen in der Hüttenindustrie zu geben, ging von den Unternehmern aus.

Schon in ihrer Morgenausgabe vom 30. November schrieb das Organ der Großkapitalisten, die Kölnische Zeitung:

„Der neue Vermittler müßte seiner Struktur nach eine ähnliche Persönlichkeit sein wie Bergemann. Sie müßte gewissermaßen dessen Kenntnis des westdeutschen Wirtschaftsbereiches, eine Autorität im Arbeitnehmerlager, die Vertrautheit mit gewerkschaftlichen Dingen und die Achtung, die er auch bei den Unternehmern genießt, in ministeriellem Format, auf einer höheren politischen Ebene verkörpern. Wenn

diese Persönlichkeit also ein Mitglied des Reichskabinetts sein sollte, könnte wohl nur der Minister des Innern, Severing, in Frage kommen. . . Wir begrüßen es, daß man sich doch entschlossen hat, den Eigentonsstich aus weiterhin von einer Persönlichkeit zu behandeln zu lassen und ihn nicht vor ein Kollegium, irgendeinen Ausschuß oder eine Schiedsstelle zu bringen.“

Das Unternehmerorgan gibt also seiner tiefen Zufriedenheit mit dem Unternehmertum Ausdruck.

Noch mehr. Ein anderes kapitalistisches Organ, die Berliner Börsenzeitung, wußte schon in ihrer Morgenausgabe vom 30. November mitzutellen, daß Severing die Entschlieung, die er zu treffen sich anschickte, bereits mit den Hüttenindustriellen vereinbart hat. Das Blatt schrieb:

„Herr Severing soll übrigens schon einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet haben, dessen Lohnsätze sich etwas über den alten Lohnbedingungen halten, aber die durch den bekannten Schiedspruch diktierten Sätze nicht erreichen sollen. Außerdem will Severing für einen Tarifabschluß auf längere Sicht eintreten, das heißt von einer mindestens einjährigen Dauer.“

Wie wir weiter hören, waren gestern bereits die führenden Industriellen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in Berlin und haben mit Mitgliedern des Reichskabinetts über die neue Vermittlungsaktion verhandelt. Der Severingsche Vorschlag scheint für die Industrie eine annehmbare Grundlage zu neuen Einigungsverhandlungen zu bilden. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß die Einigung auf der oben geschilderten Basis heute erreicht wird, so daß dann am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden würde.“

Die Berliner Börsenzeitung bestätigt damit nur, was jedem denkenden Arbeiter schon klar war. Es ist eine dummdreiste Lüge, wenn der Vorwärts schreibt, daß Gewerkschaftsvertreter und Unternehmer sojagten „eine Rahe im Sack“ kaufen müßten, Severings Aufgabe bestehe darin, die Bedingungen der Unternehmer auszuwählen, und zwar auch mit vollem Wissen der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Die sozialdemokratischen Führer wollen allerdings die Arbeiter betrügen. Aber es ist eine freche Beleidigung der Arbeiter, wenn man sie für so dumm hält, daß sie dieses abgetariete Spiel nicht durchschauen.

Unternehmer, Koalitionsregierung und reformistische Gewerkschaftsführer würgen jetzt den Kampf mit allen Mitteln ab und treiben die Hüttenarbeiter zu schändlichen Bedingungen wieder in die Betriebe.

Dagegen muß sich die Arbeiter-schaft unter Anspannung aller Kräfte mehrheitlich

Wie die Sozialdemokraten die Arbeiter unterzügen

